



Jan Korte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der Fraktion DIE LINKE.

Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Medienpolitische Sprecherin
Der Fraktion DIE LINKE.

Jan Korte MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Kulturausschuss
Vorsitzende und Obleute

-im Hause

Berlin, 29.03.2023

Bezug:
Anlagen:

Jan Korte MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-71100
Fax: 030 227-76201
jan.korte@bundestag.de
www.jankorte.de

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag

Beratung zum Stellenabbau bei der DEW

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Obleute des Ausschusses für Kultur und Medien,

die Ablehnung unseres Vorschlags seitens der Obleute, über den angekündigten Stellenabbau bei der Deutschen Welle im Ausschuss für Kultur und Medien am 19. April zu beraten, hat uns gelinde gesagt irritiert.

Der am 17. März angekündigte Stellenabbau von mehr als 200 vorwiegend freien Mitarbeitenden hat die Beschäftigten völlig überraschend erreicht. Herr Limbourg begründet die Entlassungswelle mit der *Befürchtung*, die Finanzsituation des Senders verschlechtere sich vermutlich für das Jahr 2024. In diesem Zusammenhang soll ferner der deutschsprachige TV-Kanal eingestellt werden sowie insgesamt 20 Millionen Euro bis 2024 eingespart werden - rund fünf Prozent der bisherigen Etats.

Auch für die Personalrätinnen und Personalräte sowie uns Medienpolitikerinnen und Medienpolitiker kam die Mitteilung über den exorbitanten Stellenabbau unerwartet.

Aus dem im Bundestag beratenen Entwurf der Aufgabenplanung 2022 bis 2025 geht der angekündigte harte Sparkurs nicht konkret hervor. Stattdessen kündigt der Koalitionsvertrag eine Stärkung der Deutschen Welle an.



Untermuert wurde das Bekenntnis durch den Antrag der Ampelkoalitionäre „Die Deutsche Welle unterstützen und sie für die Aufgaben der nächsten Jahre stärken“ (20/4352). Das angekündigte Sparprogramm steht diesen positiven Signalen entgegen.

Aus unserer Sicht bestehen eine Vielzahl von offenen Fragen: Verletzen die angekündigten Maßnahmen – allen voran die Ankündigung das lineare deutschsprachige Programm zu streichen – das Deutsche-Welle-Gesetz? Auf welchem Verbreitungsweg gestalten sich wie die Zuschauerzahlen des deutschsprachigen Programms? Weshalb haben Herr Limbourg und die DW-Geschäftsführung nicht früher kundgetan, dass die DW von ihren Reserven zehrt? Handelt es sich bei der Vorlage zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle, die der Verwaltungsrat am 20. April 2023 beschließen wird, um eine geänderte Fassung? Immerhin lag dem Ausschuss in der Sitzung vom 5. Mai 2022 der *Entwurf* vor.

Sollte es nachträglich zu Änderungen in der Aufgabenplanung gekommen sein, ist vor dem Hintergrund der angekündigten Entlassungspläne eine erneute Beratung im Ausschuss sinnvoll und notwendig.

Zudem gebieten die laufenden Haushaltsaufstellungen eine möglichst zeitige Beratung. Eine Aufsetzung des Themas im Ausschuss für Kultur und Medien nach der parlamentarischen Sommerpause im September erachten wir als schlicht zu spät, da bis dahin der Haushaltsplan aufgestellt ist.

Mit ihren Entscheidungen über den künftigen Etat der Deutschen Welle und in ihrer Funktion als Gesetzgeber stehen Abgeordnete des Bundestags in besonderer Verantwortung.

Grundlage stellt hierfür die Aufgabenplanung dar.

Die DW ist demokratisch mandatiert und durch öffentliche Mittel finanziert. Die Beschäftigten haben ein Recht auf Transparenz, Mitbestimmung und Mitwirkung.

Folglich bitten wir Sie, Ihre Ablehnung zu überdenken und schlagen eine Aussprache zum Stellenabbau in der Deutschen Welle für die Ausschusssitzung am 26. April vor, zu der Herr Limbourg und Personalvertreterinnen und -vertreter der DW eingeladen werden sollen.



Mit kollegialen Grüßen


Jan Korte
Kulturpolitischer Sprecher


Dr. Petra Sitte
medienpolitische Sprecherin